

Beschluss des Landrats vom 28.01.2021

Nr. 744

7. Natürlich BL: Freie Fahrt für Schulklassen – Gratis ÖV für Schulklassen 2018/825; Protokoll: ble

Kommissionspräsident **Urs Kaufmann** (SP) führt aus: Im Postulat 2018/825 von Miriam Locher «Freie Fahrt für Schulklassen – Gratis ÖV für Schulklassen» werde der Regierungsrat aufgefordert, die Grundlagen zu schaffen, damit der öffentliche Verkehr im Gebiet des Tarifverbunds Nordwestschweiz (TNW) für Baselbieter Schulklassen kostenlos angeboten werden kann.

In seiner Antwort weist der Regierungsrat darauf hin, dass der Kanton Träger der Sekundarschulen und der weiterführenden Schulen ist. Träger der Primarschulen sind die Gemeinden. Die Vorlage beschränkt sich deshalb auf die Sekundarschulen.

Grundsätzlich ist der Regierungsrat mit der Postulantin einig, dass das ausserschulische Lernen einen wichtigen Bestandteil der Bildung darstellt. Es wird auch bestätigt, dass der Grundschulunterricht unentgeltlich ist und deshalb von den Erziehungsberechtigten keine Beiträge für auserschulisches Lernen eingefordert werden dürfen. Der Regierungsrat sieht auch, dass die Reisekosten einen wesentlichen Anteil der Exkursionskosten ausmachen können. Er hat deshalb Möglichkeiten geprüft, den Schulklassen die bei Exkursionen innerhalb des TNW anfallenden ÖV-Kosten zu erlassen oder die Kosten markant zu senken.

In diesem Rahmen wurden drei Ansätze untersucht, mit denen die Klassenbudgets im Falle von Exkursionen innerhalb des TNW nicht mehr belastet würden:

- a) Erhöhung der Pauschalbeiträge für die Exkursionen;
- b) Separate Abrechnung der Reisekosten ausserhalb der Pauschalbeiträge;
- c) TNW stellt den Schulen Tageskarten zur Verfügung.

Ein vierter Ansatz, die vollständige Befreiung der Schulklassen von der Tarifpflicht, wurde nicht weiter vertieft, da mit diesem Ansatz im regionalen TNW zwar Einnahmen wegfallen würden, die Kosten für Transportunternehmen (TU) aber dennoch anfallen würden.

Eintreten war in der Kommission unbestritten. Exkursionen sind für Schülerinnen und Schüler sehr wichtig, war man sich in der Kommission einig. Nicht einig war man sich bei der Frage, ob aktuell bereits genügend Mittel für Exkursionen vorhanden seien oder ob die Schulen auf Grund der Reisekosten immer wieder Exkursionen auslassen müssten.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass die Reisekosten von den Schulen nicht separat ausgewiesen werden. Es sei nicht bekannt, dass auf Exkursionen verzichtet werden musste, weil die Pauschalbeiträge nicht ausgereicht hätten. Wenn gemäss Verwaltung die Mittel nicht ausreichen, müsste über die Budgets der Schulen und nicht über einen Modellwechsel diskutiert werden. Für Schul- und Finanzfragen sei die BPK die falsche Kommission.

Ein Teil der Kommission sprach sich für die heutige Lösung mit pauschalen Schulbudgets aus. Damit können die Schulleitungen selber die Schwerpunkte für die Exkursionen setzen. Ein Kommissionsmitglied zeigte Sympathien für die Idee, dass der TNW den Schulen Tageskarten zur Verfügung stellt (Ansatz c). Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Reisekosten je nach Zentrumsnähe des Schulstandorts unterschiedlich hoch seien und so eine Benachteiligung für die peripheren Schulen bestehe. Pauschalbeträge seien darum eigentlich ungerecht. Allenfalls müsste über einen Ausgleichsmechanismus diskutiert werden; dies könne aber nicht im Rahmen dieses Postulats geschehen. Andererseits zahlt der Kanton seit letztem Jahr das U-Abo für alle Schulwege, die per Velo oder zu Fuss nicht zumutbar sind. Ein Kommissionsmitglied wies darauf hin, dass das Problem eher bei den Kindergärten und Primarschulen relevant ist und dort die Gemeinden und nicht der Kanton zuständig sind.

Die Kommission beantragt dem Landrat mit 11:1 Stimmen das Postulat 2018/825 abzuschreiben. Eintreten war in der Kommission unbestritten.

– *Eintretensdebatte*

Roman Brunner (SP) stellt fest, dass der Regierungsrat zwar nicht einen kostenlosen ÖV im Tarifverbund für alle Schulklassen geprüft habe, wie es das Postulat fordert, aber dafür drei Ansätze aufzeige, wie die finanzielle Unterstützung für die Reisekosten zumindest für die Sekundarschulen im Kanton erhöht werden kann. Umsetzen möchte der Regierungsrat aber keinen der drei Ansätze. Exkursionen und ausserschulische Lernorte sind unbestritten pädagogisch wertvoll, das ist sowohl von der Kommission als auch vom Regierungsrat so anerkannt. Sie werden von den Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern geschätzt und sind im Lehrplan verankert. Und die Exkursionen müssen auf Volksschulstufe, wie Urs Kaufmann gesagt hat, für die Erziehungsberechtigten kostenlos sein, d. h. die Reisekosten gehen im Moment zu Lasten der Schulen und werden über die Pro-Kopf-Pauschale finanziert. Das heisst auch, dass die Reisekosten unter Umständen einen grossen Teil der Exkursionskosten ausmachen. Durch die unterschiedlichen Sekundarschulstandorte entstehen zudem unterschiedliche Reisedistanzen und dadurch auch unterschiedliche Kosten für die Reisen. Das führt zu einer Ungleichbehandlung der einzelnen Standorte, weil die Pro-Kopf-Pauschale ja nicht standortabhängig ist, sondern auf die Schülerinnen und Schüler verteilt wird. Mit einem kostenlosen ÖV könnte man diese Ungleichheit zumindest beseitigen. Leider zielen die Ansätze des Regierungsrats aber nur auf die Sekundarschulen, weil sich der Kanton nicht für die Primarschulen verantwortlich fühlt und die Gemeinden in der Pflicht sieht, was aufgrund der unterschiedlichen Möglichkeiten der Gemeinden die vorher beschriebene Ungleichheit auch noch verstärkt. Dies spricht einmal mehr für eine Trägerschaft sowohl der Sekundar- als auch der Primarschulen durch den Kanton.

Mit den geprüften Vor- und Nachteilen hat der Regierungsrat das Postulat beantwortet und es kann abgeschrieben werden. Die Problematik bleibt aber bestehen. Man behält sich insbesondere für die Primarstufe – wie im Kommissionsbericht erwähnt – entsprechende Forderungen vor.

Felix Keller (CVP) und die CVP/glp-Fraktion finden die Durchführung von Exkursionen an den Schulen wichtig und die Durchführung einer solchen sollte nicht wegen der Transportkosten scheitern. Die Fraktion unterstützt die Abschreibung. In der Kommission konnte nicht aufgezeigt werden, wie gross der Leidensdruck effektiv ist und wie viele Exkursionen tatsächlich aufgrund der Reisekosten nicht stattfinden konnten. Daher erkennt man keinen aktuellen Handlungsbedarf. Wichtig ist, dass die Transportkosten bedarfsgerecht abgegolten werden und nicht mit einer Pauschale im Sinne des Giesskannenprinzips. Klar ist auch, dass aufgrund des TNW-Konstrukts, an dem vier Kantone beteiligt sind, nicht einfach der Schultransport für Sekundarschüler im Kanton BL gratis gemacht werden kann. Es wurde geprüft und berichtet, das Postulat kann abgeschrieben werden.

Anita Biedert (SVP) gibt zu Protokoll, die SVP-Fraktion sei klar für eine Abschreibung des Postulats. Die Verwaltung hat die drei Varianten unter langwierigen Auseinandersetzungen und Abwägungen eingehend geprüft und kam zum Schluss, dass die Kopfpauschale ein optimales Instrument ist. Die Kopfpauschale reicht bis jetzt aus, und der Rednerin ist keine Schule bekannt, die sich je beklagt hätte, dass sie Exkursionen nicht hätte durchführen können. Auch die SVP-Fraktion erachtet Exkursionen als wichtig. Zudem hat man eine gute Steuerungsmöglichkeit durch den Budgetprozess, welcher der Flexibilität Raum lässt. Ein Pauschalbetrag ist ausreichend, das Postulat kann abgeschrieben werden.

Thomas Eugster (FDP) nimmt vorweg, dass seine Fraktion der Abschreibung zustimme. Die Mechanik mit den Pauschalbeiträgen, wonach jede Schule selbst bestimmen kann, für welche Ausflüge sie diese einsetzt, findet man gut. Auf Gemeindeebene liegt es natürlich an den Gemeinden, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Beiträge vorhanden sind. An der Wichtigkeit von Exkursionen und Ausflügen für Schulen besteht kein Zweifel. Es liegt im Verantwortungsbereich jeder Schulleitung, die Gelder richtig einzuteilen und bei der Gemeinde vorstellig zu werden, wenn sie tatsächlich zu wenig Geld hat. Mindestens von Seiten Kanton erhielt man die Auskunft, dass sich bis jetzt noch keine Schule gemeldet habe, sie hätte nicht genug Geld zur Verfügung.

Miriam Locher (SP) bedankt sich für die gute Auslegeordnung. Man sehe, welche Möglichkeiten vorhanden wären und was angedacht werden könnte. Die Beantwortung beinhaltet jedoch nicht die Primarschulen, auf welche die Postulantin aber abgezielt hat. Gerade im zweiten Zyklus bestehen Probleme in Bezug auf die Durchführung ausserschulischer Lernanlässe. Dass dort der Leidensdruck vorhanden ist, haben der Rednerin einmal mehr in die vielen Rückmeldungen in den letzten Tagen gezeigt.

Beruhigend ist für die Postulantin die Anerkennung, dass ausserschulische Lernanlässe sehr wichtig und es keineswegs um Spassausflüge geht. Einmal mehr ist zu erkennen, dass auch hier das Problem die Frage der Trägerschaft der Schulen ist. Wie gesagt, der zweite Zyklus der Primarstufe ist geprägt von ausserschulischen Anlässen. Nur kurz soll das Thema «Unser Kanton» angesprochen werden, in dessen Rahmen – unter normalen Umständen – immer wieder Schulklassen im Landrat begrüsst werden können, wenn diese nach Liestal reisen. Aber auch in Geografie und Geschichte usw. braucht es diese Reiseanlässe. Die Abrechnungen sind dabei grob unterschiedlich. In den vergangenen Tagen erhielt die Landrätin viele Abrechnungen von Exkursionen von Primarlehrpersonen, und das macht ein wenig Bauchweh. Das Thema bleibt auf Primarstufe erhalten, die Rednerin wird es weiterverfolgen und einen entsprechenden weiteren Vorstoss machen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 81:0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2018/825 abgeschrieben.